

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Matthias Seestern-Pauly, Katja Suding, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Daniel Föst, Otto Fricke, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Sandra Weeser und der Fraktion der FDP

Digitale Demokratiekultur – Medienkompetenz

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie verschieben das soziale Miteinander zunehmend in den digitalen Raum. Dies betrifft nicht nur Informationen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung, sondern auch die politische Willensbildung insgesamt. Dabei brechen die Dynamiken und Systematiken digitaler Kommunikation, insbesondere in den sozialen Medien, aus den bekannten Mustern der klassischen Medien aus. Bei einer fortgesetzten Verlagerung des demokratischen Diskurses und der demokratischen Willensbildung in den digitalen Raum nehmen die kompetente Nutzung und die Möglichkeit der Inanspruchnahme von digitalen und sozialen Medien nach Ansicht der Fragesteller einen besonderen Stellenwert ein. Diese Zusammenhänge veranlassen die Fragesteller, die Bundesregierung nach ihren Aktivitäten und Kooperationspartnern in den sozialen Medien sowie nach ihrem Kenntnisstand im Bereich digitaler Medienkompetenz zu befragen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des qualitativen Unterschieds zwischen Medienkompetenz und digitaler Medienkompetenz?
2. Welche mit Bundesmitteln geförderte Projekte und offizielle Kooperationspartner der Bundesregierung befassen sich explizit mit digitaler Medienkompetenz?
3. In welchen Ressorts der Bundesministerien sind mit Bundesmitteln geförderte Projekte im Bereich digitaler Medienkompetenz nach Kenntnis der Bundesregierung angesiedelt und in welcher Höhe erfolgt die Förderung seitens des Bundes?

4. Welche mit Bundesmitteln geförderten Angebote mit Bezug zu digitaler Medienkompetenz gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich
 - a) der frühkindlichen Bildung,
 - b) der schulischen Bildung,
 - c) der beruflichen Bildung,
 - d) der Erwachsenenbildung,
 - e) der Familienbildung?
5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Einfluss von Falschinformationen und Falschmeldungen (sog. „Fake News“) auf die politische Willensbildung?
6. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um Falschinformationen und Falschmeldungen entgegenzuwirken und mit welchem Erfolg?
7. Welche Kanäle der sozialen Medien nutzen die Bundesregierung und die Bundesministerien zur Information der Bürgerinnen und Bürger?
 - a) Welche dieser Kanäle richten sich explizit an Kinder und Jugendliche?
 - b) Welche dieser Kanäle sind durchgängig barrierefrei?
8. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Inanspruchnahme durch die Bürgerinnen und Bürger der von der Bundesregierung und den Bundesministerien genutzten Kanäle der sozialen Medien vor (bitte aufschlüsseln nach Reichweitenanalyse, Klickzahlen, Abrufe, Abonnenten)?
9. Welche Moderationsrichtlinien werden nach Kenntnis der Bundesregierung zur Moderation von Beiträgen der Bundesregierung, der Bundesministerien und nachgelagerten obersten Bundesbehörden in den sozialen Medien angewandt?

Berlin, den 3. September 2020

Christian Lindner und Fraktion